

# Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernschreiber: Dönhofs 3606-3609, Telegramma: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 606, Monatslich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Amsterdamer-Platz 32 (Prenzlauer), Familien-Anzeigen: am Zehn 20 Pennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstrasse 22-26

10 Pf. [Anwerter] Nr 265

Freitag, 3. Juni 1932

MORGEN-AUSGABE

## Vapens erste Erklärung

Vor den Vertretern der Presse

Das neue Reichskabinett hat gestern nach der Verteilung durch den Reichspräsidenten seine erste Sitzung abgehalten. Die heute, an einer Stunde Dauer, sehr formale, Schlichter. Die Formulierung des Regierungsprogramms wird erst in den nächsten Kabinettsitzungen erfolgen, die auf heute nachmittags anberaumt worden ist. Das Programm wird der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, aber nicht in der Form einer Regierungserklärung vor dem Reichstage, sondern in der eines Communiqués an die Presse; vorher wird es dem Reichspräsidenten unterbreitet werden mit dem Antrage, den Reichstag aufzulösen. Dadurch, daß der Reichstag aufgelöst wird, es er in einer Abstimmung sein Mißtrauen auszusprechen kann, will die Regierung eine, wenn auch nur formale, Oesamtheit vermeiden, nach der sie nur als gefächertes Kabinett weiter amtierend könnte. Die Reueuolen zum Reichstage sollen, wie bereits berichtet, Ende Juli, vielleicht am letzten Sonntag im Juli, stattfinden.

Nach der Kabinettsitzung empfing der Kanzler die Vertreter der deutschen Presse, um vor ihnen eine kurze Erklärung abzugeben. In der Stunde empfing der Reichspräsident den, in der er augenblicklich steht, hat der Herr Reichspräsident an mich den bringen Appell gerichtet, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Ich habe das Weist, das Dr. Brüning in drei Wochen in Angriff nahm, mit ganzem Herzen verfolgt und nichts leichtfertiger gewünscht, als daß es mit Erfolg begleitet sein möge. Sein Weist bleibt bestehen, es gebietet der Gerechtigkeit an. Und wenn die Wähler sich die Aufgabe stellen, sich die Aufgabe stellen, an diesem Weist mitzuarbeiten.

Um Ihnen zu zeigen, wie nahe es mich angeht, ich mich an die Stelle Dr. Brüning zu setzen, will ich Ihnen mitteilen, was ich dem Reichspräsidenten antwortete: Meine erste Bitte an Sie geht dahin, daß Sie morgen Dr. Brüning empfangen und ihm sagen, daß ich das Amt des Reichskanzlers nur übernehme, wenn Sie an mich diesmündliches Geheiß appelliert haben. Diese von mir erbetene Befreiung hat leider nicht stattfinden können, weil der Reichskanzler Brüning erkrankt ist.

Was ich es als meine Aufgabe an, die Vapen und Opfer, die dem deutschen Volk auferlegt werden müssen, dadurch tragbar zu machen, daß man die feierliche Funktion findet, die sie allein möglich erscheinen läßt. Dazu ist notwendig die nationale Zusammenfassung aller Kräfte, aus welchem Lager sie auch kommen mögen, die Zusammenfassung aller geistigen und nationalen Kräfte, die zusammen mit dem Reichspräsidenten stehen.

Mit der Befreiung, daß die nationale Zusammenfassung aller Kräfte notwendig ist, aus welchem Lager sie auch kommen mögen, ist es nicht in Einklang zu bringen, daß der Reichskanzler mit Wapen und Wapen des Reichspräsidenten seine Mitarbeiter in der Regierung sich ausschließlich aus den Reihen der Weisten zusammensetzt.

Nach dem Vertreter der deutschen Presse empfing der Kanzler die ausländische Presse, denen er sagte, die Auslandspolitik, welche die neue Regierung in Fortführung der alten führen wird, wird auf einer klaren politischen Basis stehen. Die Regierung ist sich dessen bewußt, daß eine erfolgreiche Außenpolitik nur möglich ist bei Klarheit der innerpolitischen Verhältnisse. Das Ausland muß wissen, wer hinter der Regierung steht. Die neue Regierung wird sich zur Aufgabe ihrer Außenpolitik machen die Sicherstellung der nationalen Selbständigkeiten des deutschen Volkes und die Wahrung aller Kräfte zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens, das nur gelingen kann in der Zusammenarbeit aller Nationen. Der Geist der Weistage ist so groß, daß er an das Gewissen der Staatsmänner die höchsten Anforderungen stellt. Die neue Regierung ist sich ihrer großen Verantwortung ihrem Volk und allen anderen Nationen der Welt gegenüber voll bewußt und wird in diesem Sinne ihre Politik leiten.

## Hindenburgs Abschied von Brüning

Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Brüning das nachstehende Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!  
Ihrem Antrage um Entbindung von Ihrem Amtern als Reichskanzler und als Reichsminister des Innern habe ich mit dem anliegenden Erlasse entsprochen. Ich empfinde es in besonderer Weise, daß Sie Ihnen treuen zu müssen, nachdem ich während der zwei Jahre unserer Zusammenarbeit so vielfach Gelegenheit hatte, Ihnen Ihre Eigenschaften, Ihre umfassenden Kenntnisse und Ihre selbstlose Hingabe an die übernommenen Pflichten kennen und

hochschätzen zu lernen. Für alles, was Sie in diesen an schweren Erschütterungen und wichtigen Entscheidungen so reichen beiden Jahren im Dienste des Vaterlandes getan haben, spreche ich Ihnen namens des Reiches aus im eigenen Namen meinen herzlichsten Dank aus. Die Zusammenkunft mit Ihnen werde ich nie vergessen und Ihrer Person stets mit großer Hochachtung gedenken. Mit meinen besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und mit freundlichen Grüßen verbleibe ich stets Ihr ergebener

Auch den übrigen aus dem Amt scheidenden Mitgliedern der Reichsregierung hat der Reichspräsident anlässlich der Ueberlieferung der Entlassungsurkunden in herzlichem Schreiben seinen Dank für ihre in schwerer Zeit dem Vaterlande geleisteten Dienste ausgesprochen.

## Hollands Devisen-Kampfgesetz

Bedrohung der deutschen Ausfuhr - Hoffnung auf Einigung?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

DEN HAAG, 2. JUNI

Das Deviseneinschränkungs-gesetz, durch das die holländische Regierung ermächtigt wird, den Wert der Einfuhr im Bezugsverhältnis zu beschränken, wurde heute in der zweiten Kammer mit 77 gegen 22 Stimmen angenommen. Gleichzeitig wurde die Vortragsfuhr nach Deutschland daran nur geregelt, daß die Bezugsgröße Menge von 5000 Tonnen gleichmäßig über die holländischen Exportorte verteilt wird. Der frühere Landwirtschaftsminister Dr. Posthumus a, der sich gestern in der „Vossischen Zeitung“ über den deutsch-holländischen Handelskonflikt geäußert hat, wurde zum Regierungsbevollmächtigten für die Neuregelung der Ausfuhr ernannt.

Aus den Erklärungen zu dem Deviseneinschränkungs-gesetz, die Minister Verhaar heute abgibt, spricht der Wunsch, in Deutschland keine unnötige Beunruhigung aufkommen zu lassen. Der Minister erklärte, das Gesetz richte sich nicht nur gegen Deutschland, sondern gegen jedes Land, das die holländische Ausfuhr durch Beschränkung der Devisenzuteilung erschwere. Die Maßnahme sei als Druckmittel gemeint und werde auch aufgehoben werden, sobald die Behinderung der holländischen Ausfuhr aufhöre. Holland wolle keineswegs eine protektionistische Handelspolitik übergeben, und wenn Deutschland „erlaubt“ sei, so könne sich Holland mit Deutschland einigen. Das Entgegenkommen müsse zwei Punkte umfassen: Es müßte die Butterkontingentierung proportional geregelt und die

## Die Entscheidung der Staatspartei

Schärfste Opposition

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei und die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei traten am Donnerstag nachmittag zusammen. Es wurde nachfolgende Entscheidung einhimmig angenommen:

„Die Deutsche Staatspartei lehnt mit aller Bestimmtheit das Kabinett von Vapen ab, das gegen den Weist der Bevölkerung gebildet und ohne Rücksicht auf außenpolitische, innenpolitische und wirtschaftliche Gefahren lediglich dazu bestimmt ist, die Weistungen der rechtsradikalen Parteien auszuführen, ohne daß diese selbst an der Verantwortung formal beteiligt sein wollen. Unter Jald hat den Reueuolen ist die Wiederherstellung einer parlamentarischen Regierung zu nationaler Befreiung, innerer Verbesserung und wirtschaftlicher Rettung. Zur Erreichung dieses Zieles muß alles geschehen, damit bei dem Wahlen die Stimmen des verfassungstreuen nationalen und freisinnigen Bürgertums zur Geltung kommen.“

Nach an den auscheidenden Staatsfraktion der Reichstages, Dr. Bründer (dessen anderweitige Verwendung in einer neuen „außerordentlichen Verordnungen angemessenen Stellung“ der Kanzler sich vorbehalten hat) sowie an den bisherigen Leiter der Reichspresseabteilung, Ministerialdirektor Dr. Schölin hat der Reichspresseabteilung Dankschreiben gerichtet. Zum Staatsfraktion der Reichstages ist, wie gemeldet, Oberregierungsrat P. a., zum Nachfolger des Reichskanzlers Dr. Kaufmann, der bisherige Dirigent der Reichspresseabteilung, ernannt worden.

## Keine Währungsexperimente

Der Reichskanzler empfing gestern nachmittag den Reichspräsidenten Dr. Brüning zu einer eingehenden Aussprache. Dabei wurden sämtliche Probleme behandelt, die für die Reichskanzler obliegenden Aufgaben von Bedeutung sind. Es ergab sich völlige Uebereinstimmung insbesondere darüber, daß keinerlei Währungsexperimente und überhaupt auf dem Währungs- und Kreditgebiet keine Maßnahmen in Frage kommen, aus welchen sich eine Gefahr für den Bestand der Währung ergeben könnte.

Ware normal bezahlt werden. Dies ist die Meinung der gesamten holländischen Nation. Deutschland solle Holland gegenüber ruhig seine bisherige attente Handelspolitik beibehalten.

## Der Butterkrieg

Trotz des verächtlichen Kommentars wäre es falsch, den Ernst des deutsch-holländischen Konflikts zu übersehen. Die Möglichkeiten deutschen Entgegenkommens sind begrenzt durch die Notwendigkeit, mit den vorhandenen Devisenbeständen hauszuhalten und mit allen Mitteln die Stabilität unserer Handelsbilanz zu wahren, deren Erträge uns allein zur Bezahlung unserer privaten Auslandsverpflichtungen befähigen sollen. Auch muß betont werden, daß die Lage der innerdeutschen Milchwirtschaft außerordentlich bedrohlich ist, weil die sinkende Kaufkraft der Verbraucher den Wunsch der Eigenregierung, außer Frankreich, in unter Beibehaltung der Milchproduktion, die Milchproduktion in nicht mehr herauszuheben werden können. Damit die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für Auslandsbutter heute außerordentlich beschränkt.

Diese Zusammenhänge werden die Holländer einsehen. Nicht einsehen aber können sie den praktischen Sinn der deutschen Butterkontingentierung vom Januar 1932, die handelspolitisch in ein Schilbigergeheimnis ist. Die Holländer, mit denen wir im Handelsvertragsverhältnis stehen, ist ein Kontingent von je 500 Tonnen an Goldschilling zum 50 Mark eingetraumt worden. Diese Regelung bedeutet eine Präferenz für Länder wie Litauen, Letland und Estland, in dementsprechend Waare auch für Polen, die bisher nur wenig Butter nach Deutschland geliefert haben und für unsere industrielle Ausfuhr eine untergeordnete Rolle spielen, während andere nach Frankreich und England wichtige Abnehmer, Polen und Dänemark, für die der Butterkrieg nach Deutschland einen Lebensnotwendigkeit ist, außerordentlich benachteiligt werden. Bei Dänemark kommt noch der Valutajungfall von 36 Mark hinzu, der doppelt als Ungerechtigkeit empfunden wird, weil er von England nicht erhoben wird, und Dänemark keine Futtermittel body zum Weltmarktpreis einführen muß.

Was ist die Folge der unzulässigen Butterkontingentierung. Die deutsche Ausfuhr nach Dänemark ist im Durchschnitt des ersten Quartals 1932 gegenüber 1930 auf ein Viertel zurückgegangen, während Dänemarks Einfuhr aus England sich gleichmäßig gesteigert hat, wobei allerdings der Stundkurs mitspricht. Die Ausfuhr nach Polen hat sich in der gleichen Zeit halbiert und die Einfuhr holländischer Butter ist in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf 2775 Tonnen zurückgegangen gegenüber 6251 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei können die Holländer mit Recht darauf hinweisen, daß sie im Jahre 1930 für 1,2 Milliarden Mark deutsche Industrieerzeugnisse gekauft haben, während wir nur für 701 Millionen, darunter für 84 Millionen Butter, von ihnen